

München, 26.10.2007

PRESSEERLÄRUNG

Der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft der katholischen Vertriebenenorganisationen (AKVO) begrüßt die jüngste Einigung zwischen den Koalitionsparteien in Berlin und dem Bundeskanzleramt über Form und Einrichtung eines Dokumentationszentrums gegen Vertreibungen in Berlin.

Die AKVO sieht in den bekannt gewordenen Grundzügen dieser Konzeption zur Errichtung des Zentrums ihre wiederholt veröffentlichten Forderungen bestätigt.

- a) das Zentrum soll eine allgemeine staatliche Einrichtung in Berlin sein und keine Angelegenheit nur eines Verbandes.
- b) die Gesamtumstände, Vorbedingungen, der Durchführungsrahmen und die politisch-ideologischen Voraussetzungen von Vertreibungen, nach und gerade der Vertreibung der deutschen nach 1945, sind jeweils persönlich dar zu stellen.
- c) eine reine deutsche Betrachtungsweise ist unangebracht!
- d) an Aufbau und Struktur des Zentrums sollen in- und ausländische Opferverbände, sowie deutsche repräsentative, gesellschaftliche Organisationen zum Beispiel die Kirchen mitwirken.

Die AKVO unterstreicht erneut ihre Bereitschaft, in der Weiterentwicklung und Umsetzung der nun dargelegten Konzeption für das Dokumentationszentrum mitzuwirken.

Die AKVO wäre dankbar, mit Sitz und Stimmen im Kuratorium der Stiftung vertreten zu sein.

Mit freundlichem Gruß

Wolfgang Nitschke Geschäftsführer der AKVO

Gezeichnet Herbert Werner, Bundessprecher
Matthias Dörr, stellvertretender Vorsitzender